

SÜDKURIER

Grenzach-Whylen

BASF hält an Variante fest

10.08.2013



Erläuterungen zur Kesslergrube-Sanierung. Konzern bleibt bei Einkapselung als Methode.

In einem Hintergrundgespräch wollte die BASF der Presse gegenüber ihr Vorgehen im Fall Kesslergrube darlegen. Günter Fritz, der Leiter des Bereichs Altlastensanierung bei der BASF Schweiz – und frühere Ciba-Werksleiter in Grenzach – erklärte eine Stunde lang, warum es besser sei, den im Verantwortungsbereich der BASF liegenden Bereich der Kesslergrube einzukapseln, als ihn – wie es die Roche tut – komplett auszuräumen.

Nachdem der Grenzach-Whyler Gemeinderat einig eine Resolution verabschiedet hat, möchte das Chemieunternehmen seine Position noch einmal erläutern. Fritz sagte, selbst auch betroffen zu sein. Er habe viel an den Sanierungsplänen gearbeitet und nun das Gefühl, als jemand hingestellt zu werden, der nur aufs Geld schaut und nicht die nachhaltigste Lösung sucht. „Dem möchte ich entgentreten“, sagte er. Die Resolution ist auch längst in der BASF-Konzernzentrale in Ludwigshafen angekommen. Eine Delegation von Vertretern des Mutterhauses werde demnächst Bürgermeister Jörg Lutz besuchen. Der Termin stehe noch nicht fest.

Erstmals erklärte die BASF den Entscheidungsweg bis zur geplanten Einkapselung des in ihrem Verantwortungsbereich liegenden Teils der Kesslergrube. Roche und BASF haben demnach einen Ideenwettbewerb mit vier Ingenieurbüros ausgerufen, die je einen Vorschlag für den Roche- und den BASF-Teil der Kesslergrube abgeben sollten.

Man habe im Anschluss ein Ingenieurbüro ausgewählt und dieses alle Vorschläge untersuchen lassen nach den gleichwertigen Kriterien Effektivität, Zuverlässigkeit, Durchführbarkeit, Risiken und Nachteile, Vorteile, die Dauer der Sanierung, die behördliche Genehmigungsfähigkeit und die Nachbesserungsfähigkeit, also ob man „nachoptimieren“ könne, wenn es beim ersten Mal nicht gelingen würde, wie Fritz es nannte. „Und natürlich haben wir auch die Kosten betrachtet“, sagte Fritz weiter.

Als Vorzugsvariante sei die Einkapselung herausgekommen. Um die gesamte Altlast herum werde eine ein Meter dicke Betonmauer gezogen – die Dicke der Mauer berücksichtige bereits das Erdbebenrisiko. Die Mauer werde ein paar Meter in die Gesteinsschicht getrieben. Die Oberfläche soll abgedeckt werden. In die Grube sollen eine oder mehrere Pumpen, die eindringendes Wasser aus der Einkapselung absaugen. Damit könne physikalisch kein Wasser von innen nach außen dringen, sondern höchstens Wasser von außen in die Kapsel. Eine Veränderung des Wasserstands wäre ein Zeichen, dass Undichtheiten vorhanden sind, woraufhin nachgebessert werden könnte. „Wenn die Wand durchlässig wird, kann diese einfach abgedichtet und neu gesichert werden“, sagte Fritz, der davon ausgeht, dass eine solche Betonwand 100 Jahre halten wird. Eine Einkapselung sei „Stand der Technik“ und werde von Landratsamt und Altlastenbewertungskommission als „zielführend, geeignet und

genehmigungsfähig“ angesehen.

„Die Resolution des Gemeinderats nehmen wir sehr ernst“, sagte Fritz. Der Gemeinderat hatte gefordert, die BASF möge noch einmal umfassend und ergebnisoffen prüfen. Genau so sei man bereits in der Auswahl der Variante vorgegangen. Man habe trotzdem „noch einmal die Sanierungsvariante überprüft“, so Fritz. Zwar bleibe der Abfall bei der Einkapselung weiter da, „aber von ihm gehe keine Gefahr für Mensch und Umwelt aus“.

„Unser Grubenteil ist deutlich größer als der der Roche“, so Fritz, „zudem haben wir eine geringere Schadstoffintensität.“ Würde die BASF alles ausbaggern, hätte das Folgen, die Fritz mit einer Rechnung darstellen wollte. Bei 38 000 Quadratmetern Oberfläche und sechs Metern Tiefe komme man auf rund 200 000 Kubikmeter Material, was etwa 400 000 Tonnen entspräche.

„Ausbaggern und Abtransport würden also 10 000 Fahrten eines 40-Tonnens bedeuten“, 20 000 Fahrten inklusive An- und Abfahrten. „Sicherlich würde man das Material nicht komplett mit Lkw transportieren“, gab Fritz zu. Er gab aber zu bedenken, dass ein erheblicher Teil der 400 000 Tonnen thermisch zu behandeln wären, also auf 600 bis 700 Grad erhitzt würden. „Die Ökobilanz ist ein ganz dickes Minus für diese Variante auf unserer Seite der Kesslergrube“, sagte er. Zudem würde ein Totalaushub bis zu zehn Jahre dauern.